

Angelika Beer

Reisebericht

Makedonien und Kosovo

24. bis 30. August 2009

Einleitung:

Dieser Bericht fokussiert sich (anders als der vom April 2009) erstmals auf parallele Entwicklungen zur Stärkung der Albanischen Identität über Grenzen hinweg. Dieser Prozess zeigt, dass die vielfach kritisierte Aussage von Sali Berisha zur Vereinigung von Kosovo und Albanien – zunächst über eine Zollunion beider Länder – über diese beiden Länder hinaus bereits Teil eines neuen albanischen Selbstbewusstseins ist.

Anlass für die Reise zu diesem Zeitpunkt war eine Einladung des Volksbunds Deutscher Kriegsgräberfürsorge zu Wiedereröffnung des Soldatenfriedhofes in Prilep, Makedonien, am 29. August 2009 sowie politische Gespräche im Hinblick auf die weitere Annäherung an EU und NATO. Im Kosovo ging es vorrangig um die Auswirkungen der EULEX Verhandlungen mit Serbien und die Visa Entscheidung der EU auf die Situation im Land.

Makedonien:

Wirtschaftliche Lage

Die wirtschaftliche Lage des Landes hat sich 2009 dramatisch verschlechtert. Insbesondere durch ein geringes Steueraufkommen war die Regierung bereits gezwungen, den Haushalt um 9% zu kürzen. Eine neue Kürzung ist in Planung (am 3. September beschloss das Kabinett eine weitere Kürzung um 3,2 %). Zudem stagniert die Ausfuhr von Eisen, Stahl und insbesondere Textilien. Eine Besserung dieses Zustandes ist nicht in Sicht. Vielmehr weisen Kenner auf Anzeichen darauf hin, dass die MAK Regierung versuchen will, bei einem Kredit des IWF die Grenze so niedrig zu halten (200 Mio. €) um sowohl eine Offenlegung aller Fakten als auch eine Abwertung des Dinars um etwa 20 % zu verhindern.

EU-NATO Integration und Namensstreit

Makedoniens Weg nach Europa ist durch den Namensstreit mit Griechenland blockiert. Makedonien erwartet ein Veto Griechenlands bei allen weiteren Annäherungen einschließlich der Nennung eines Datums zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, wie bereits im April 2008 beim NATO Beitritt. Die einzige Hoffnung sind die vorgezogenen Wahlen in Griechenland (4. Oktober 09) und ein Sieg der PASOK, die signalisiert hat, eine Lösung finden zu wollen. Der Stillstand in den Verhandlungen zwischen Skopje und Athen bedroht die Nachhaltigkeit der bisherigen Reformen der makedonischen Regierung - und im größeren Rahmen die weitgehend erfolgreiche Befriedung des gesamten restlichen Balkans.

Erweiterungskommissar Olli Rehn lobt die Fortschritte Makedoniens. Hierbei hebt er besonders den Justizsektor und einige Begleitgesetze hervor. Von Makedonien, das seit 2005 Kandidatenstatus hat, muß erwartet werden, dass diese Gesetze umgehend implementiert werden um dafür Sorge zu tragen, dass der für Ende Oktober erwartete Fortschrittsbericht der Kommission positiv ausfällt und im Idealfall ein Datum für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr enthält.

Die Tatsache, dass Makedonien die Voraussetzungen für die Erleichterung des Visa-Regimes erfüllt hat, ist positiv. Allerdings fällt die übertriebene Erwartungshaltung in Regierung und Bevölkerung auf. Die Praxis wird auch hier zu weiteren Enttäuschungen führen – und die nationalistische Rhetorik stärken.

Nationalismus

Es ist auffällig, wie sehr die VMRO-DPMNE auch nach den Wahlen im März 2009 auf die nationalistische Karte setzt. Nach der Umbenennung des Flughafens „Alexander der Große“ geht es weiter: das Stadion in Skopje wird zurzeit umgebaut, hat aber bereits den Namen „Philipp II“. Darüber hinaus werden überall im Land Denkmäler in Erinnerung an die frühere makedonische Geschichte errichtet. Dieser von der größten Regierungspartei geschürte Nationalismus hat Auswirkungen auf das Zusammenleben der Ethnien: u.a wird von Hooligans berichtet, die albanische Mitbürger auf offener Straße angreifen. Der überbordende Nationalismus verhindert, dass die Regierung einen „Plan B „ beim Scheitern der Beitrittsverhandlungen zu EU und NATO entwickelt. Auch die Tatsache, dass der Staat zunehmend BürgerInnen verliert, die sich Pässe aus Bulgarien und Albanien besorgen, wird ignoriert. Langfristig besteht damit die Gefahr, dass bestimmte Grenzregionen den Beitritt zum Nachbarland betreiben und das makedonische Kernland kleiner werden kann.

Albaner zwischen Boykott und Gestaltung

Während die DPA zusammen mit wenigen anderen Abgeordneten das Parlament boykottiert, arbeitet die größte albanische Partei, die DUI, als Regierungspartner mit der VMRO-DPMNE zusammen. Die DUI nimmt auf den Nationalismus der Regierung keinen erkennbaren Einfluss. Stattdessen konzentriert sie sich in der Regierung darauf, die Belange der albanischen Bevölkerung durchzusetzen. Dies beweisen die Pläne der Anbindung der albanisch bewohnten Gebiete an eine Erdgasleitung und die Schaffung einer Straße und einer Bahnlinie mit direkter Anbindung nach Albanien. Zudem hat sie die Implementierung des Sprachengesetzes während der nächsten 2 Jahre durchgesetzt. Hier entwickelt sich ein neues albanisches Selbstbewusstsein. Mit über 25 % der Bevölkerung auf etwa 40 % des Staatsgebietes, das zugleich über 80 % der Wasservorräte Makedoniens verfügt, sind sie erkennbar auf dem Wege zu einer engeren Kooperation zumindest mit Kosovo und Albanien.

Wiedereröffnung des Soldatenfriedhofes Prilep – und ein bitterer Beigeschmack

Nach etwa 10 Jahren zwischen Entdeckung des Friedhofes und Wiedereröffnung ist in einer würdigen Veranstaltung der Friedhof neu geweiht worden. In Prilep sind Soldaten aus 6 Nationen beigesetzt. Darunter etwa 1000 Deutsche und 60 bulgarischen Soldaten des ersten und zweiten Weltkrieges . Die Feier fand unter Anwesenheit von Vertretern der Regierung und des Deutschen Bundestages sowie offiziellen Vertretern der makedonischen und bulgarischen Regierung sowie aller (!) beteiligten Kirchen und SoldatInnen mehrerer Nationen statt. Die Anlage ist so gestaltet, dass sie zu einem Treffpunkt aller Ethnien und Nationen werden kann. Die Stadt Prilep nimmt den Friedhof in ihre Tourismuskarte auf.

Auch vor dem Hintergrund, dass nur wenige Autominuten entfernt der größte jüdisch-sephardische Friedhof des gesamten Balkans liegt, ist es mehr als unverständlich, dass die Deutsche Botschafterin in Makedonien in ihrer Rede die beiden von Deutschland verursachten Weltkriege als „europäische Bürgerkriege“ interpretiert hat.

Kosovo:

Auch im Kosovo sind die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise nicht ohne Spuren geblieben. Zum einen bleiben Investoren aus, bzw. stornieren Vorhaben und zum anderen sind die Zahlungen der „Auslandskosovaren“ um 8 % zurückgegangen. Damit sinkt das ohnehin geringe Brutto-Sozialprodukt und der Regierung fehlen dringend benötigte Mittel. Eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das größte Problem der jungen Gesellschaft, kann so nicht gelingen. Dennoch gleicht Pristina einer großen Baustelle und die äußere Fassade Kosovos verändert sich in atemberaubender Zeit. Die innere Reform des Staates aber kann mit dieser Geschwindigkeit nicht mithalten bzw. stagniert.

Ein Parlament ohne Entscheidungsrechte

Abgeordnete beschreiben ohne Umschweife, dass sie keinerlei Entscheidungsbefugnisse haben und lediglich in Einzelfällen Beschlüsse der Regierung abzunicken haben. Wenn es überhaupt Entscheidungskompetenzen unterhalb der Regierung gibt, dann liegen diese ausschließlich bei jenen, die das richtige Parteibuch haben. Selbst die Minister sind nach einhelliger Auffassung nach PR Gesichtspunkten ausgesucht – nicht nach Eignung. Hinter jedem Minister steht ein der Regierungspartei verantwortlicher Mitarbeiter, der regierungskonforme Entscheidungen trifft.

Mitglieder der Partei des ehemaligen Präsidenten Rugova konstatieren, dass mit dem Wechsel von Sedegu in das Amt des Präsidenten keine Parteiführung und damit auch kein eigenes Programm für die Zukunft Kosovos existiert. Die Macht und Geldkonzentration liege bei Premierminister Thaci und seiner Partei, die ohne wirkliche Konkurrenz ihre Macht festigt.

Die bevorstehende Kommunalwahl Mitte November ist zumindest ein Testlauf dafür, dass demokratisch gewählt werden kann. Der Wunsch nach Transparenz führte zu dem absurden Verlangen nach Einsatz von Kameras in allen Wahllokalen. Dies wurde – nicht nur aus datenschutzrechtlichen Gründen – inzwischen verworfen.

Ahtisaari vor der Umsetzung?

Ein wesentliches Element des Ahtisaari-Planes, die Dezentralisierung, steht vor der Umsetzung. Ganz allmählich setzt sich die Erkenntnis durch, dass Verfassung und Ahtisaari-Plan nicht nur Papier sind, sondern entscheidende Veränderungen mit sich bringen. Die Selbstverwaltung bedeutet die Einrichtung von Verwaltungszentren mit eigenem Haushalt. Das überfordert in vielen Fällen schon jetzt die Vorstellung der künftig Verantwortlichen.

Die Vorstellung eines multiethnischen Kosovos ist sowohl bei der kosovo-serbischen als auch kosovo-albanischen Bevölkerung nicht akzeptiert. Der wiederholte Versuch, Albaner in ihrer Häuser in Nordmitrovica zurückzusiedeln, ist auch im August wieder gescheitert. Trotz der wieder existierenden Sicherheit für die Menschen in den serbischen Enklaven, die im Gegensatz zu früher fast keine finanzielle Unterstützung mehr aus Belgrad erhalten, verlässt die Jugend die Regionen, weil auch von der kosovarischen Regierung keine Investitionen im serbisch bewohnten Gebiet erfolgen.

Auf die daher gestellte schriftliche Frage an die Kommission, ob die serbischen Enklaven im Kosovo und des Nordkosovo die gleichen Finanzhilfen wie die albanisch bewohnte Teil der Republik Kosovo erhalten, antwortete Olli Rehn im Juli 2009: „ Was die Verwendung der IPA Mittel anbelangt, so erreichen diese alle Volksgruppen im Kosovo. Die serbische Bevölkerung im Kosovo profitiert folglich in gleicher Weise von den Initiativen der EG. Dies geschieht jedoch nicht in Form von direkter finanzieller Unterstützung. .. Der größte Teil der auf der Geber Konferenz im Juli 2008 zugesagten Mitteln wird von den Gebern verwaltet. Das heißt, das Kosovo verwaltet diese Mittel nicht selbst.“

Diese Antwort zeigt, dass die Kommission keine Information über die Umsetzung hat sondern von der Einhaltung allgemeiner Grundsätze ausgeht, ohne sie zu überprüfen. Dies wäre aber notwendig, um die Umsetzung des Ahtisaari-Plans zu gewährleisten.

Europas Einfluss schwindet

Kosovo hat sich vor eineinhalb Jahren unabhängig erklärt – und ist von der Mehrheit der Staaten der Weltgemeinschaft anerkannt worden. Allerdings fehlen wichtige Europäische Staaten wie z. B. Spanien, Slowakei, Rumänien und Zypern. Ohne ein einheitliches Auftreten der 27 EU Staaten ist ein Aufbruch in die Zukunft deutlich erschwert und sorgt für Vertrauensverlust gegenüber der EU Mission EULEX.

Die Entscheidung der EU, sowohl Albanien als auch Kosovo keine Erleichterung des Visaregime zu gewähren, wird von fast allen Gesprächspartnern als Schaffung einer ethnischen Trennlinie zur Ausgrenzung aller Albaner bewertet.

Auch die Verhandlungen zwischen EULEX und Serbien über den 6 Punkte Plan verstärken diese Auffassung und werden darüber hinaus als Verletzung der Souveränität des Landes verstanden. Die einzig anerkannte internationale Präsenz ist nach wie vor KFOR.

Auch wenn der Angriff auf Fahrzeuge von EULEX am 24. August von den meisten Kosovaren verurteilt wird, so ist er doch Ausdruck zunehmender Unzufriedenheit. Die neuesten Graffitis setzen EULEX mit Serbien gleich. Ein Mitglied der ehemaligen Exilregierung Rugovas gibt den derzeitigen Initiatoren der Übergriffe keine Zukunft, warnt aber zugleich davor, dass ein charismatischer Politiker sehr wohl in der Lage sein könnte, diese Unzufriedenheit – insbesondere der Jugend – aufzugreifen und politisch wirksam umzusetzen.

Jugend ohne Perspektive

Der junge Staat Kosovo steht vor einer Mammutaufgabe: jährlich verlassen 15 000 Absolventen die Hochschulen und 5000 erlangen einen Berufsabschluß. Damit drängen jährlich 20 000 junge Menschen auf den nicht vorhandenen Arbeitsmarkt. Ihre Reisefreiheit ist beschränkt auf vorwiegend von Albanern besiedelte Gebiete und Länder (einschließlich der Türkei mit 1,5 Millionen Albanern). Auch wenn niemand im Kosovo über Groß Albanien spricht, so führt auch dies zu einem faktischen Zusammenwachsen der gesamten albanischstämmigen Bevölkerung auf dem Balkan. Die jungen Albaner wollen arbeiten und ergreifen jede Chance. Und wenn diese nicht in der EU liegt, dann suchen sie diese woanders.

Zwar ist es gelungen, die erste der von mir angeregte Schulpatenschaften im Juni 2009 offiziell durch einen Besuch der Schulleitung des Gymnasiums Oharovac in Schleswig-Holstein zu implementieren. Aber um den jungen Menschen hier wie dort Möglichkeiten der Begegnung unterhalb großartiger politischer Aktivitäten zu geben, bedarf es einer Politik der Annäherung statt der Ausgrenzung durch das Visa Regime der EU.

Schlussfolgerungen:

- Die Aussage des Albanischen Regierungschefs, die Vereinigung der beiden Staaten – zunächst durch eine Zollunion – anzustreben, korrespondiert mit einer früheren Ankündigung des kosovarischen Präsidenten Sedeju (April 09), mit den Nachbarländern eine Wirtschaftsunion aufzubauen. Dieser Schritt zur notwendigen Stabilisierung der eigenen Region ist sowohl eine Antwort auf die Blockadepolitik Belgrads als auch auf die Annäherungspolitik der EU an Belgrad.
- Der Nationalismus in Makedonien riskiert den Verlust von Teilen des Staatsgebietes und damit den Bestand des Landes
- Der Nationalismus Griechenlands, der die Annäherung/Mitgliedschaft Makedoniens in EU und NATO blockiert, verstößt gegen Europäische Standards und sollte einhellig zurückgewiesen werden
- Die Türkei agiert – auch in dieser Region – in der Tradition des osmanischen Reiches und bietet Optionen ohne Repressionen
- Der so viel beschworenen europäischen Perspektive für den westlichen Balkan entzieht die EU selbst den Boden durch Entscheidungen wie das Versagen der Visa-Liberalisierung aus formalen Gründen.
- Die Weigerung einiger EU Staaten, die Unabhängigkeit Kosovos anzuerkennen, blockiert die Weiterentwicklung Kosovos im Rahmen einer glaubwürdigen EU Perspektive
- Auf dem Balkan sind – gerade wegen des taktischen Verhaltens der EU – alle Voraussetzungen für eine frohen conflict innerhalb der Grenzen Europas gegeben.
- Eine Europäische Zukunft darf weder an Bürokratie und Formalien, noch an der Verlagerung vermeintlicher Sicherheitsinteressen (Afghanistan) und erst recht nicht an „Lissabon“ scheitern. Die Erfüllung der Friedenspflicht der Friedensmacht Europa liegt allein in unserer – europäischer - Hand.

